

Liebe Neustädter Bürger:innen! Als demokratisch erzogener Normalbürger ohne Parteizugehörigkeit kann man in diesen Tagen leider nur noch fassungslos mit dem Kopf schütteln. In der unendlich erscheinenden Standortfrage der Grundschule Mandelsloh/Helstorf gibt es nun also einen neuen Versuch aus Mandelsloh, mit einem s.g. „Bürgerbegehren“ einen bereits seit mehreren Monaten demokratisch abgestimmten Ratsbeschluss (Okt. 2021) im Nachgang doch noch auszuhebeln! Dieser äußerst fragwürdige Vorgang, stützt sich dabei u.a. auf ein selbst initiiertes Schriftstück aus einem Mandelsloher Sachverständigenbüro (von einem offiziell beauftragten, unabhängigen Gutachten, wie vielfach in den Medien zitiert wurde, kann und darf hier keine Rede sein!) und einer veralteten und nicht belastbaren ersten Baukosteneinschätzung auf Grund einer bereits lange zurückliegenden Standortbesichtigung eines damals kurzfristig herbeigezogenen Architekturbüros. Der Ratsbeschluss zu Gunsten des Helstorfer Standortes, wurde 2021 letztendlich durch die Ratsmitglieder, richtiger Weise auf Grund von verschiedenen Kriterien, getroffen. Diese Entscheidungskriterien wurden aber leider in den Printmedien bisher nicht immer vollständig und für den Bürger verständlich dargestellt, waren aber durchaus für den Standortbeschluss der Ratsmitglieder sehr bedeutend. Die Mehrzahl der Ratsmitglieder haben in einer demokratischen Abstimmung die Standortentscheidung zu Gunsten Helstorf's beschlossen, weil einige im Vorfeld getroffene Kosteneinschätzungen, zum Nachteil des Helstorfer Standortes, letztendlich zu großen Teilen nachweislich widerlegt oder sogar komplett entkräftet wurden. Dazu kamen wichtige sozialrelevante Kriterien, die ebenfalls zu einer Standortentscheidung der Schule in Helstorf beigetragen haben.

Es ist erstaunlich, dass nun nach so langer Zeit seit dem Ratsbeschluss, auf Initiative einzelner Mandelsloher Bürger und mit politischer Unterstützung des Mandelsloher Ortsrates, u.a. sogar der Bund der Steuerzahler e.V. eingeschaltet wurde, um auch dort mit unzureichenden Angaben doch noch irgendwie eine Entscheidung zu Gunsten des Standortes Mandelsloh herbeizuführen. Leider unterstützen sogar einzelne Kommunalpolitiker aus dem Ortsrat Mandelsloh, zu denen auch der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gehört, diesen letzten scheinbar verzweifelten Versuch einer Entscheidungsumkehr. Dieser stellvertretende Stadtratsvorsitzende ist auch derjenige, der VOR der Entscheidungsfindung noch in einer Rede angemerkt hatte, Zitat: **„...man sollte doch einen demokratisch herbeigeführten Ratsbeschluss endlich einmal akzeptieren...!“**. Scheinbar meinte er mit seiner eigenen Aussage sich selbst aber nicht, denn er akzeptiert den Ratsbeschluss zum Schulstandort nach wie vor nicht. Er ist heute einer der „treibenden Kräfte“ hinter dem Bürgerbegehren aus Mandelsloh. Mich lassen solche Vorgehensweisen einzelner Kommunalpolitiker zutiefst erschauern und mein Demokratieverständnis in den Grundfesten erschüttern. Demokratisch getroffene Entscheidungen über Gesetzesumwege zu „manipulieren“ und so folglich für die Stadt Neustadt ein kostenintensives Bürgerbegehren - Verfahren einzuleiten, um den abgestimmten Ratsbeschluss doch noch im Nachgang zu kippen, ist ein ungeheuerlicher Vorgang! Veraltete Kommunalgesetze machen diese Verfahren legitim, sind aber in meinen Augen höchst undemokratisch und auch in der heutigen Zeit aus Kostengesichtspunkten moralisch unvertretbar. Es stellt sich mir außerdem die Frage, wie viel eine Stimme eines durch uns Bürger gewählten Ratsmitgliedes und ein demokratisch, mehrheitlich getroffener Ratsbeschluss überhaupt noch wert sind? Macht ein Bürgerbegehren oder Volksentscheid nicht den Rat und deren gewählten Mitglieder überflüssig?

Dass es auch durchaus anders funktioniert, zeigen uns viele andere Beispiele aus Nachbarkommunen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal auf ein Bauprojekt hinweisen, welches vergleichsweise als gutes Beispiel für einen gelungenen Neubau und eine politisch gut funktionierende Zusammenarbeit herangeführt werden kann. Gemeint ist hier der Neubau der hochmodernen und hochenergieeffizienten 3-zügigen Grundschule am Wildfang in Gronau (Leine). Die Baukosten wurden hier in der Planungsphase (2010) mit insgesamt 7,01 Mio. € beziffert. Die mir bekannten Architekten und Tragwerksplaner, sowie die ausführenden Gewerke haben es am Ende der Bauzeit (2012) geschafft, die geplanten Baukosten letztendlich sogar knapp zu unterbieten (6,98 Mio. €).

Klick: <https://www.leinetal24.de/lokales/gronau/glueckliche-schulkinder-ziel-4967323.html>

Klick: <https://sr-architekten-bda.de/grundschule-gronau-leine/>

Klick: <https://www.drewes-speth.de/tragwerke/grundschule-gronau>

Hierzu ein Zitat der damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden der Samtgemeinde Gronau: *„Es muss das höchste Lob ausgesprochen werden. Es ist nicht die Norm, dass bei einem solchen Neubau der genehmigte Kostenrahmen eingehalten wird“*, zeigt sich Sabine Hermes äußerst zufrieden. *„Eine einmalige Leistung, auf die wir in der Samtgemeinde sehr stolz sein können“*. Auch Siegfried Schmidt, der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD hält den Schulstandort für die Zukunft der Samtgemeinde Gronau für *„ganz wichtig“*. (...) *„Ich bin mit der Höhe der Kosten sehr zufrieden. Wann passiert es schon, dass der Rahmen auch mal unterschritten wird“*, äußert sich der Sozialdemokrat positiv zu den neuesten Zahlen. *„Die moderne Schule wird sich positiv auf den Standortfaktor auswirken“*, spielt er auch auf junge Familien an, die in der Samtgemeinde heimisch werden könnten.

Natürlich sind die reinen Neubaukosten aus dem Jahr 2012 zu den heutigen Kosten und der Situation hier in Neustadt nur bedingt vergleichbar. In Gronau wurde allerdings mit durchdachter Planungs- und Ausführungsleistung ein Bauprojekt realisiert, welches auf lange Zeit gesehen modern, zukunftsorientiert, energieeffizient und nachhaltig gebaut worden ist. Als Beispiel dafür ist die vollflächig genutzte Dachfläche als Indach - Photovoltaikanlage zu nennen, die eine nahezu autarke Versorgung mit Energie gewährleistet und sogar überschüssigen Strom ins Netz einspeist und dadurch Einnahmen generiert.

Es stellt sich mir also die Frage, warum wir ein ähnliches Neubauprojekt wie in Gronau nicht auch in Helstorf umsetzen können? Anstatt alle gemeinsam an einer hochmodernen Schule zum Wohle und Zufriedenheit der Kinder, der Lehrer:innen und zur Steigerung des Bildungsniveaus zu arbeiten, wird im jahrelangen Streit erbittert um den Standort gerungen. Dieser scheinbar endlose Konflikt spiegelt scheinbar nur noch unterschiedliche Eigeninteressen wieder. Oder geht es hier vielleicht nur noch um politische Machtspiele der beiden Ortsräte? Sind demokratisch getroffene Ratsentscheidungen unserer gewählten Politiker überhaupt noch etwas wert, wenn sie später doch wieder in Frage gestellt werden? Müssen wir denn auch noch zusätzliche Kosten und weiteren Unmut unter den Bürgern durch ein „Bürgerbegehren“ verursachen? Wie viel kostbare Zeit für unsere leidtragenden Kinder und Lehrer:innen soll noch verstreichen, bevor wir mit konkreten Planungen für eine moderne Schule beginnen?

Wenn wir unser Bildungssystem irgendwann einmal modernisieren wollen, wie seit langem bundesweit und Partei übergreifend gefordert, müssen wir nicht mehr „nur reden“ sondern endlich

handeln! Nachhaltiges Denken und zukunftsorientiertes Bauen muss in unserem allgemeinen Interesse liegen. Eine Reparatur oder Teilsanierung einer der beiden bestehenden Standorte, wie es in der Vergangenheit bereits gegeben hat, macht aus heutiger Sicht und im Gegensatz zu einem Neubau überhaupt keinen Sinn. Weitere energetische Folgesanierungen, an diesen aus den 1960er Jahren aufgebauten Gebäuden, würden in naher Zukunft notwendig und die Gesamtkosten eines Neubaus letztendlich weit übersteigen! „Minimallösungen“, wie u.a. auch im Schreiben des Sachverständigenbüros aus Mandelsloh gefordert, sind hier nicht zielführend und aus bau- und betriebswirtschaftlicher Sicht gesehen völliger Unsinn.

Durch Migration und zunehmender „Stadtflucht“ (auf Grund steigender Mieten in den Großstädten) haben sich die ursprünglich prognostizierten fallenden Schülerzahlen bis heute sogar ins Gegenteil umgekehrt. Die Schülerzahlen heute steigen kontinuierlich! Im Sommer 2023 wurden erstmals **drei** (!) erste Klassen in Mandelsloh eingeschult, so dass der aktuell genutzte Standort in Mandelsloh bereits jetzt schon an die Kapazitätsgrenzen gekommen ist. Seit vielen Monaten werden hier bereits Schüler aus Platzmangel in Containern unterrichtet. Trotz dieser eigentlich dauerhaften unzumutbaren Situation für die Schüler:innen und Lehrer:innen, wird immer noch bei der Standortfrage lediglich und maßgeblich die Kostensituation beurteilt. Im Schreiben des Sachverständigenbüros wird zielsicher bei jeder Gelegenheit auf die vermeidlich „kostengünstigste Lösung“ einer „Minimalsanierung“ des Standortes Mandelsloh, hingewiesen. Diese angenommenen Kosten sind, auf Grund der unsicheren Faktenlage zur Schadstoffbeurteilung und der gestiegenen Baukosten aber nicht korrekt, worauf auch selbst das Architekturbüro in eigener Stellungnahme ausdrücklich drauf hinweist.

Aus meiner Erfahrung als Projektleiter mit über 30 jähriger Berufserfahrung für Brandschutz- und Fluchtwegsanierungen in Schulen, muss davon ausgegangen werden, dass sich nach genauen Untersuchungen der Bausubstanz und der daraus resultierenden Instandsetzungsmaßnahmen der schadstoffbelasteten Bauteile, der tatsächliche Sanierungsumfang im Zeit- und Kostenaufwand im Laufe der Bauzeit noch erheblich erhöhen wird. Dieser Umstand bedeutet auch, dass, im Falle einer umfassenden Sanierung des Standortes Mandelsloh im laufenden Betrieb, auf keinen Fall in diesen Gebäudeteilen der Unterricht fortgeführt werden kann. Alle Klassen und die Schulverwaltung müssten dann aus den sanierungsbedürftigen und schadstoffbelasteten Gebäudeteilen ausziehen, da die Gefahr der Freisetzung von Schadstoffen im Zuge der Baumaßnahmen zu hoch wäre. Die Schule müsste komplett für die Dauer der Baumaßnahme (geschätzt min. 2 Jahre) in einem Containerdorf mit angeschlossenem Sanitärkomplex einziehen. Diese Einschränkung betrifft auch die Turnhalle, die entsprechend über Monate für den Schulsport nicht genutzt werden könnte, da auch hier Brandschutzmängel nach heutigen Standards vermutet werden. Die zusätzlichen Kosten für die Errichtung bzw. Erweiterung eines Containerdorfes wird bei der Kostenanalyse durch das Sachverständigenbüro zwar kurz erwähnt, aber aus meiner Sicht kostentechnisch weder vom Sachverständigenbüro noch von dem Fachbereich Immobilien der Stadt Neustadt ausreichend berücksichtigt. Zu den noch zu ermittelnden tatsächlichen Sanierungskosten für den Standort Mandelsloh müssen also erhebliche Kostenaufwendungen für die Errichtung und den monatelangen Unterhalt (Strom, Heizung, Wasser, Miete) eines Containerdorfes als Ausweichmöglichkeit hinzugerechnet werden.

Wie Sie sehen, liebe Bürger:innen, ist der Sachverhalt wesentlich komplexer als es auf den Plakaten oder Flyern der Mandelsloher Bürgerinitiative zum Ausdruck kommt. Aus wirtschaftlicher Sicht machen kurzfristige Sanierungen solcher alter Gebäude keinen Sinn. Wir benötigen einen modernen,

zukunftsgerichten Neubau! Dieser sollte am „altem Standort“ in Helstorf entstehen, um den derzeitig laufenden Schulbetrieb in Mandelsloh nicht noch weiter einzuschränken – zum Wohle der Kinder, Lehrer:innen und der Schulverwaltung!

Daher gibt es von mir ein klares **NEIN** zum geplanten Bürgerbegehren!

Björn Schumacher, Vesbeck